

## **Senat zum Austausch mit der Jüdischen Gemeinde**

Der heutige Austausch des Senats mit dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen stand in der guten Tradition eines vertrauensvollen und engen Dialogs mit den Vertreterinnen und Vertretern der Jüdischen Gemeinde.

Der Senat hat sich von den Mitgliedern des Vorstands schildern lassen, wie sich das gesellschaftliche Klima seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel und der folgenden militärischen Auseinandersetzung in Gaza, nun mit Iran, gegenüber Jüdinnen und Juden entwickelt hat und im Zuge der weiter ausufernden Konflikte in Nahost in den letzten Monaten zugespitzt bleibt.

Wachsende antisemitische Tendenzen gefährden die Sicherheit und verletzen das Sicherheitsgefühl und –bedürfnis von Jüdinnen und Juden, auch im Land Bremen.

### **Vor diesem Hintergrund erklärt der Senat:**

**Der Senat bekennt sich ausdrücklich zum Schutz von Jüdinnen und Juden. Jede Form von antisemitischen Anfeindungen, Bedrohungen oder Gewalttaten gegen Jüdinnen und Juden, sowie gegen israelische und jüdische Einrichtungen oder Symbole gilt es zu verhindern.**

**Bei erfolgten Straftaten ermitteln die bremischen Sicherheitsbehörden mit aller Konsequenz und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln, um sie zu ahnden.**

**Jüdisches Leben im Land Bremen muss sichtbar und sicher sein. Jüdinnen und Juden sowie alle Menschen in Bremen sollen hier sicher leben, frei von Angst und Anfeindungen.**

**Der Senat ist überzeugt, dass auch der in Bremen über Jahrzehnte verankerte interreligiöse Dialog eine verbindende Kraft hat, die das von Verständnis und Offenheit geprägte Miteinander fördert.**

**Der Senat wird nicht zulassen, dass antisemitische oder andere menschenfeindliche, von Hass getragene Anfeindungen rassistischer oder muslimenfeindlicher Art auf unseren Straßen Raum greifen. Der Senat stellt sich Hass und Hetze gegen Jüdinnen und Juden und jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen und steht aktiv ein für eine Gesellschaft des Respekts und für ein friedliches Zusammenleben. Er begreift dies auch als Notwendigkeit zur Sicherung der Demokratie und des gesellschaftlichen Friedens.**

Im Zentrum des Austausches standen die Themen

- Sicherheit und Schutz jüdischer Bürgerinnen und Bürger und jüdischer Einrichtungen sowie die Verhinderung und Ahndung von antisemitischen Straftaten,
- Umgang mit antisemitischen Stimmungen in Schule und im außerschulischen Bereich,
- Situation an den Hochschulen und
- Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung.

## **Sicherheit und antisemitische Straftaten**

Sensible Themen der Schutzmaßnahmen und Prävention sind ein ständiger Teil der regelmäßigen Gespräche zwischen dem Senat und der Jüdischen Gemeinde. Die Umsetzung des so genannten neuen Sicherheitskonzepts läuft.

Die Einstellung von antisemitischen Straftaten aus Opportunitätsgründen ist in Bremen auf das gesetzlich erforderliche Mindestmaß beschränkt. Unabhängig von der Art der antisemitisch motivierten Straftat, ist in Bremen sichergestellt, dass ein öffentliches Interesse an der Erhebung der öffentlichen Klage festgestellt wird. Schon seit 2021 gibt es in Bremen eine Allgemeine Verfügung zur Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus, um eine konsequente strafrechtliche Verfolgung solcher Straftaten sicherzustellen.

## **Schule**

Der Senat bekennt sich ausdrücklich zum Schutz jüdischen Lebens, zum entschiedenen Vorgehen gegen Antisemitismus und zur Stärkung demokratischer Bildung an Schulen. Antisemitischen Einstellungen und diskriminierenden Haltungen wird im schulischen Raum mit klaren Verfahren, gezielter Fortbildung und struktureller Unterstützung begegnet.

Das zentrale Projekt Kompetenzstelle „Zusammenleben in der Schule“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Schulfriedens und zur Professionalisierung des Umgangs mit religiös und weltanschaulich geprägten Konflikten. Der Senat wird sich dafür einsetzen, dass eine Verfestigung des Projekts ermöglicht wird.

## **Im außerschulischen Bereich**

Dem Senat ist es ein besonderes Anliegen, die Perspektive der Jüdischen Gemeinde ernst zu nehmen und den offenen, konstruktiven Austausch fortzusetzen – auch mit Blick auf eine Rassismus-Definition für den Landesaktionsplan gegen Rassismus. Er ist bereit, diesen Dialog gemeinsam weiterzuentwickeln und auf eine für alle Seiten tragfähige Grundlage zu stellen.

Im Zuge des gemeinsamen Engagements für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft unterstützt der Senat gemeinsam mit dem Demokratiezentrum Land Bremen das Projekt antisemitismus-kritische Bildungsarbeit (Akriba), das im Rahmen außerschulischer Bildungsarbeit Schulklassen, Schulsozialarbeiter:innen und Lehrer:innen adressiert. Auch das Demokratiezentrum steht für einen kontinuierlichen, vertrauensvollen Austausch zur Verfügung.

## **Situation an den Hochschulen**

Der Senat betont die besondere Verantwortung der Hochschulen im Umgang mit Antisemitismus. Antisemitismus darf an den Hochschulen des Landes Bremen keinen Platz haben. Er setzt sich dafür ein, dass die staatlichen Hochschulen ein sicherer und angstfreier Ort für ALLE Studierenden und Mitarbeitenden der Hochschulen sind.

Es ist geplant, das Beratungs- und Sensibilisierungsangebot der Hochschulen auszubauen. Dafür sollen die vorhandenen Strukturen zur Verhinderung von und zum Umgang mit Diskriminierung, wie die Arbeitsstelle gegen Diskriminierung und Gewalt – Expertise und Konfliktberatung (ADE), weiter gestärkt werden. Der Senat wird in seinen Gesprächen mit den staatlichen Hochschulen die Notwendigkeit eines regelmäßigen und offenen Austauschs zwischen den Hochschulen und der Jüdischen Gemeinde betonen, um die Perspektive der jüdischen Bevölkerung einbeziehen zu können.

## **Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung**

Der Senat begreift es zudem als seine Verantwortung, besonders auf die Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden im Kontext Antisemitismus zu zielen.

Der Senat setzt in seinem Angebot bisher hauptsächlich auf intersektionale bzw. mehrdimensionale Fortbildungen, die allgemein für den Umgang mit Diskriminierung sensibilisieren und professionalisieren sollen. Im Zuge der weiteren Spezialisierung wird der Senat im September/Oktober auch eine spezielle Veranstaltung zum Umgang mit Antisemitismus ausrichten.

Der Senat sieht in der gemeinsamen Weiterentwicklung von Schulungs- und Sensibilisierungsformaten und ihrem Ausbau einen strategischen Mehrwert. Er würde eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen daher sehr schätzen.